

Aurelia Frick stolpert über Honorare

Das Parlament lichtersteinen entzieht der Ausenministerin wegen fehlender Transparenz das Vertrauen

von Christoph

Die Ministerin für Ausenbeziehungen Aurelia Frick ist im Parlament wegen der fehlenden Transparenz bei den Honoraren für ihre Tätigkeit als Abgeordnete entlassen worden. Das Parlament hat heute mit einer Mehrheit von 120 gegen 70 Stimmen beschlossen, das Vertrauen in die Ministerin zu entziehen. Frick ist die einzige Ministerin im Bundesrat, die nicht Mitglied des Nationalrats ist. Sie ist seit 2015 als Abgeordnete im Parlament tätig. Die Entscheidung wurde durch eine Initiative von 120 Abgeordneten eingeleitet. Diese Initiative forderte die Entziehung des Vertrauens in Frick, da sie keine ausreichende Transparenz über die Höhe ihrer Honorare gegeben habe. Die Initiative wurde von der FDP eingeleitet. Die FDP ist die grösste Partei im Parlament. Die FDP hat die Initiative eingeleitet, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren von Frick als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah. Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah. Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah.



Aurelia Frick ist keine Mitglied des Nationalrats, sondern Abgeordnete. Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation sind wichtige Aufgaben.

Unbegrenzte Verfahren

Die Entziehung des Vertrauens ist die grösste Herausforderung, die die Regierung im Parlament erleben wird. Die FDP ist die grösste Partei im Parlament. Die FDP hat die Initiative eingeleitet, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren von Frick als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah. Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah. Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah.

Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren von Frick als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah. Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah. Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah.

Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren von Frick als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah. Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah. Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah.

Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren von Frick als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah. Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah. Die FDP fordert die Entziehung des Vertrauens in Frick, weil sie die fehlende Transparenz bei den Honoraren als Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie ansah.

Die SP ruft sich als Umweltpartei in Erinnerung

Die Sozialdemokraten fordern einen «Marshallplan» für die Energiewende – mit drei Milliarden Franken vom Bund

CHRISTOF FORSTER, BERN

Die SP trägt zwar kein Grün im Parteilogo, doch laut einschlägigen Ratings stimmen ihre Parlamentarier praktisch ebenso umweltfreundlich ab wie die Grünen. Zudem haben Roger Nordmann und weitere SP-Vertreter wichtige Vorlagen wie die Energiestrategie 2050 mitgeprägt. Dennoch laufen sie Gefahr, dass sie von der gegenwärtigen Klimadiskussion bei den Wahlen im Herbst nicht profitieren werden. Die Nase vorne haben derzeit jedenfalls Grüne und Grünliberale.

Da ist es kein Zufall, dass sich die SP mit einem «Klima-Marshallplan» für die Energiewende als Umweltpartei in Erinnerung ruft. Die Partei ist mit grossem Geschütz aufgefahren: Neben Parteipräsident Christian Levrat, Vizepräsident Beat Jans und Fraktionspräsident Roger Nordmann haben die Wahlkampfleiterin Nadine Masshardt, der Energiepolitiker Eric Nussbaumer und Nationalrätin Jacqueline Badran die Medien auf einen Biohof unweit von Bern eingeladen. Zwischen Heuballen und unter einem Solar-dach hat das Sextett seine Vorschläge prä-

sentiert, wie die Schweiz bis 2050 die Nettoemissionen von Treibhausgasen auf null reduzieren kann.

Ab 2035 Motoren verboten

Der Plan sieht vor, dass der Bund seine Investitionen in die Energiewende von heute 500 Millionen auf rund 3 Milliarden Franken erhöht. Damit, so die optimistische Annahme der SP, sollen bis drei Mal so viele private Investitionen in erneuerbare Energien und Effizienz ausgelöst werden. Insgesamt soll das Volumen auf jährlich 12 Milliarden Franken steigen.

Eine Summe, die auf den ersten Blick hoch erscheinen möge, sagte selbst Levrat. Seine Vergleiche zeigen indes, in welchen Grössenordnungen der SP-Präsident denkt. Er erwähnte die Investitionen in die Wasserkraft in den sechziger Jahren oder die Gründung der SBB. Damals habe der Bund mit einer gigantischen Investition das grösste Wirtschaftsförderprogramm der Schweiz geschaffen.

Damit Private auch tatsächlich zu erhofft investieren, will die SP eine Klimabank schaffen, die mit Anleihen Finan-

zierungshilfe bietet. Eine Option wäre, der Postbank einen neuen Leistungsauftrag zu geben. Die Kosten für die Klimabank werden mit jährlich 200 Millionen Franken budgetiert.

Mehr als ein Drittel der Bundesmilliarden soll das bestehende Gebäudesanierungsprogramm verstärken. Ab 2035 will die SP bei Neubauten und umfangreichen Sanierungen Öl- und Gasheizungen verbieten. Weitere 500 Millionen Franken fliessen in die Förderung von grossen Solaranlagen und der Speicherwasserkraft. Die installierte Leistung der Photovoltaik soll bis 2050 von heute 2 auf 50 Gigawatt steigen. Damit soll der Atomstrom ersetzt und der Mehrbedarf durch Wärmepumpen und Elektromobilität gedeckt werden. Auch beim Verkehr sind die Ziele ambitioniert: Bereits in 15 Jahren soll die Mobilität mit erneuerbaren Energien funktionieren. Die Zulassung von Verbrennungsmotoren will die SP ab 2035 verbieten.

Die Stromlücke im Winter sei mit zusätzlichen Speicherkapazitäten oder mit Gaskraftwerken zu schliessen, sagte

Nordmann. Allerdings stösst die Erhöhung von Stauseen auf den Widerstand von Naturschutzorganisationen. Der Betrieb von Gaskraftwerken läuft dem Null-Emissions-Ziel entgegen.

Mit Studie gegen SVP

Die zusätzlichen Bundesgelder will die SP mit den Überschüssen im Bundeshaushalt alimentieren. Zudem sei auf die Abschaffung der Stempelsteuer, die zu Mindereinnahmen von bis zu 2 Milliarden Franken führen dürfte, zu verzichten. Notfalls sei zur Alimentierung des «Marshallplans» die direkte Bundessteuer zu erhöhen.

Die Kritik der SVP, die den «linksgrünen Raubzug» auf den Mittelstand anprangert, kontert die SP mit einer Studie des Basler Beratungsbüros BSS. Für das Viertel der Haushalte mit den tiefsten Einkommen kostet der Ausbau der Förderprogramme des Bundes rund 35 Franken pro Monat bei einer Finanzierung via Mehrwertsteuer. Deutlich geringer fällt die Belastung bei der Erhöhung der direkten Bundessteuer aus.

Medienarbeit wegen Affäre um Hochwasserhilfe

Aufgrund einer Zeitungsberichterstattung über den Bund hat sich die Regierung entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren.

von Christoph

Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren. Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren.

Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren. Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren.

Das Geschäft

Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren. Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren.

Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren. Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren.

Das sagen (und)

Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren. Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren.

Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren. Die Regierung hat sich entschlossen, die Medienarbeit zu intensivieren. Die Regierung will die Öffentlichkeit über die Hochwasserhilfe informieren.